

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund

Einigung im Vermittlungsausschuss

Der Vermittlungsausschuss hat sich auf einen Reform-Kompromiss verständigt. Demnach soll zunächst nur der finanzierbare Teil der geplanten Steuerentlastungen vorgezogen werden. Wie von der Union gefordert soll damit der Anteil neuer Schulden bei 25 % gehalten werden. Der Eingangssteuersatz soll bei 16 % (heute 19,9%) und der Spitzensteuersatz bei 45 % (heute 48,5 %) liegen. Dadurch betragen die Steuerentlastungen im kommenden Jahr statt 15,6 nur 7,8 Milliarden Euro. Die restliche Summe soll 2005 folgen.

Einigung gibt es auch bei der Kürzung der Pendlerpauschale auf 30 Cent pro Kilometer. Zudem soll die Eigenheimzulage um 30 % der zuletzt 11 Milliarden Euro reduziert werden.

Es ist der Standhaftigkeit der Union zu verdanken, dass die vorgezogene dritte Stufe der Steuerreform nun zu höchstens einem Viertel mit neuen Schulden finanziert wird.

Bundeshaushalt 2004

Der Bundeshaushalt 2004 ist verfassungswidrig und birgt Risiken von bis zu 20 Milliarden Euro. Mit der für 2004 geplanten Neuverschuldung trägt die Bundesregierung die Hauptverantwortung dafür, dass zum dritten Mal in Folge die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages verletzt wird.

Mit über 29 Milliarden Euro überschreitet die Neuverschuldung die Investitionsausgaben um

fast 5 Milliarden Euro. Das ist die höchste geplante Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundeshaushalt 2004 ist mit erheblichen Risiken behaftet, die sich aus falschen gesamtwirtschaftlichen Annahmen, zu optimistischen Ansätzen bei den Steuereinnahmen und den Arbeitsmarktausgaben sowie unsicheren, aber dennoch unterstellten Bundesratsentscheidungen zu mehreren großen Einnahme- und Ausgabepositionen. Damit verstößt der Haushalt gegen die Verfassungsgrundsätze der Haushaltswahrheit und -vollständigkeit.

Rente: Nachhaltigkeitsfaktor bringt keine wirksame Begrenzung der Beitragssätze

Die Bundesregierung hat Neuregelungen zur Rentenversicherung und Altersvorsorge eingebracht. Kernpunkte der Maßnahmen sind die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors und der nachgelagerten Besteuerung der Aufwendungen für die Altersvorsorge.

- Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor korrigiert Rot-Grün eine eigene Fehlentscheidung, die zu großem Zeitverlust bei der langfristigen Stabilisierung der gesetzlichen Ren-

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

tenversicherung geführt hat. Der Vorschlag geht nunmehr in die richtige Richtung, allerdings leistet er keinen Beitrag zur wirklichen Begrenzung der Beitragssätze.

- Rot-Grün setzt erneut auf viel zu optimistische Basisannahmen. Schon die sogenannte "Jahrhundert-Reform" von 2001 stabilisierte die Rentenfinanzen nicht.
- Unklar bleiben die Auswirkungen auf das tatsächliche Rentenniveau von Durchschnittsrentnern und Beziehern kleiner Renten, wie sie insbesondere viele Frauen erhalten. Die Union hat ehrliche Berechnungen verlangt, damit geklärt wird, ob ein ausreichender Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet bleibt.
- Eine durchschlagende Vereinfachung der Riester-Rente gelingt nicht.
- Die Erziehungsleistungen der Eltern werden in keiner Weise berücksichtigt. Weder ein Beitragsbonus noch zusätzliche Erziehungszeiten sind vorgesehen. Die Rente als Dreigenerationenvertrag bleibt für Rot-Grün irrelevant.

Für die Union gilt: Wir werden keinen gesonderten Verhandlungen zustimmen, sondern bestehen auf einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren, damit die notwendigen langfristigen Rentenreformen auf ein sauber gerechnetes und sorgfältig beratenes Fundament gestellt werden können.

Kinder und Familien jetzt stärken

Gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder seien eine entscheidende Voraussetzung für die Gleichheit der Bildungsvoraussetzungen und die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes, heißt es im Programm der Konferenz der SPD zum Thema "Kinder und Familien stärken".

Bisher ist außer vollmundigen Ankündigungen nichts geschehen. 2004 kann Bundesfamilienministerin Renate Schmidt ihr Versprechen, den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtun-

gen zu fördern, nicht einlösen. Diese Maßnahmen sollten aus den Überschüssen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe finanziert werden. Wann, wie und ob das geschehen wird, wird sich nach dem Ende der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zeigen. Derzeit hat die Ministerin die Förderung erst einmal auf das Jahr 2005 verschoben.

Duale Berufsausbildung stärken

Die Unionsfraktion fordert in ihrem Antrag auf Drucksache 15/1348 eine Stärkung der dualen Berufsausbildung durch eine Novellierung des Berufsbildungsrechts.

Die vielfältigen und schnellen Veränderungen in Wirtschaft und Technik, Arbeitswelt und Gesellschaft erfordern zeitnahe Modernisierungen im Berufsbildungssystem und eine entsprechende Anpassung der Qualifikationen und Kompetenzen. Nur so kann die hohe Qualität der Ausbildung gesichert und das Berufsbildungssystem für die Zukunft gerüstet werden.

Eine Novelle des Berufsbildungsrechts soll folgende Grundsätze beachten:

- Ausbildungshemmnisse sind abzubauen. Die Frage der verpflichtenden Anrechnung schulischer Bildungsgänge auf die Berufsausbildung ist der Entscheidung des einzelnen Landes in Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Wirtschaft vorbehalten. Jugendarbeitsschutzgesetz und Betriebsverfassungsgesetz müssen von ausbildungshemmenden Vorschriften befreit werden.
- Bildungsabschlüsse müssen zum Zugang in den Hochschulsektor berechtigen.
- Der gesamte Bereich der Aus- und Weiterbildungsförderung sollte, so weit der Bund zuständig ist, in einem Gesetz zusammengefasst werden.
- Ausbildungsberufe sollen unterschiedlichen Begabungsprofilen gerecht werden. Sie sollen eine Ausbildungsdauer von mindestens einem und von höchstens dreieinhalb Jah-

ren haben und zur Aufnahme einer qualifizierten Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt befähigen.

- Die Erarbeitung und Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen der KMK sollte in Berufsfachgruppen erfolgen, die von Bund und Ländern gebildet werden.
- Betriebe können im Einvernehmen mit den Auszubildenden oder deren Erziehungsberechtigten von den Handlungsfeldern der Ausbildungsordnung abweichen, wenn die Gleichwertigkeit der Berufsausbildung mit der durch die geltende Ausbildungsordnung geregelten Berufsausbildung sichergestellt ist.
- Die Voraussetzungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sind zu regeln.

Lügenausschuss war erfolgreich

Der "Lügenausschuss" gehört zu den kürzesten, effektivsten und erfolgreichsten Untersuchungsausschüssen in der deutschen Parlamentsgeschichte. Er hat nachgewiesen, dass die Regierung Schröder Parlament und Öffentlichkeit vor der Bundestagswahl 2002 über die wahre Haushalts- und Finanzlage des Bundes und der Sozialkassen getäuscht und belogen hat.

- Die **Schulden-Lüge** bestand darin, dass Finanzminister Eichel bis zur Wahl öffentlich an einer Neuverschuldung von 21,1 Mrd. Euro festhielt, obwohl die Fachbeamten seines Ministeriums seit Mitte Juli 2002 eine Neuverschuldung von 33. Mrd. Euro eingeplant haben.
- Die **Maastricht-Lüge** bestand darin, dass Finanzminister Eichel bis zur Wahl öffentlich die Einhaltung des Maastricht-Kriteriums von 3% als sicher darstellte, obwohl die Fachbeamten seines Ministeriums seit Mitte Juli 2002 von einer Überschreitung auf bis zu 3,5% ausgingen.

- Die **Renten-Lüge** bestand darin, dass Sozialminister Riester bis zur Wahl öffentlich stabile Rentenbeiträge versprach, obwohl die Fachbeamten seines Ministeriums bereits Ende Juni 2002 von einem Anstieg auf 19,7% ausgingen.

Das Steuerkonzept der CDU: Einfacher, niedriger, gerechter

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag in Leipzig ein neues Steuerkonzept beschlossen. Das Ziel: Einfacher, niedriger, gerechter. Jedem Bürger muss es möglich sein, schnell und einfach seine Steuererklärung abzugeben. Das deutsche Steuerrecht wird völlig neu gestaltet: klare Regeln, Abbau der Bürokratie und wenig Ausnahmen. Mit ihren Vorschlägen will die CDU den Steuerdschungel in Deutschland lichten.

Unter www.cdu.de/idx-steuerkonzept.htm erfahren Sie mehr über das Konzept der CDU für ein modernes Einkommensteuerrecht in Deutschland. Außerdem können Sie mit einem Steuerrechner Ihre Einkommensteuerbelastung durch das neue Modell ganz individuell ausrechnen.

Gesundheitsreform ist ein Kompromiss der Vernunft

Am 1. Januar 2004 tritt das Gesundheitsmodernisierungsgesetz in Kraft, das der Bundestag Ende September mit großer Mehrheit beschlossen hatte. Die Union bewertet die Reform als einen Kompromiss der Vernunft, die einen Richtungswechsel hin zu mehr Eigenverantwortung bewirken kann.

Künftig werden bestimmte Leistungen in die Eigenverantwortung der Versicherten übertragen. Der Zahnersatz wird ab 2005 allein von den Versicherten mit einem einkommensunabhängigen Beitrag finanziert. Das Krankengeld wird aus der Mitfinanzierung der Arbeitgeber ausgeschlossen. Versicherungsfremde Leistungen werden künftig aus Steuern finanziert, die Tabaksteuer wird dazu stufenweise erhöht.

Die Zuzahlungsregelungen werden neu gestaltet. Künftig tragen Versicherte eine angemessene Beteiligung an ihren Krankheitskosten. Überforderungsregelungen schützen dabei vor unzumutbaren finanziellen Belastungen.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unter www.cducusu.de (linke Spalte) ein Informationspapier veröffentlicht, das die zentralen Änderungen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung darstellt.

Bundestag lehnt Antrag für stärkeren Gottesbezug in EU-Verfassung ab

Der Bundestag hat einen Antrag der Union für einen deutlicheren Gottesbezug in der EU-Verfassung abgelehnt. 315 Abgeordnete stimmten gegen den Vorschlag, 265 votierten dafür, vier enthielten sich.

Die CDU/CSU hatte die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Verantwortung vor Gott und die christlich-abendländische Wertetradition stärker in der Präambel des künftigen Verfassungsvertrags zu verankern.

Die Fraktion schlug dazu folgende Formulierung vor: „In dem Bewusstsein der Verantwortung vor Gott, den Menschen und dem, was Europa seinem geistig-religiösen Erbe schuldet, gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“

Im Entwurf des EU-Konvents, der als Grundlage für die laufenden Verhandlungen über die Verfassung dient, wird lediglich auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas“ verwiesen. Besonders Polen, Spanien und Italien dringen auf einen stärkeren Bezug zum Christentum. Frankreich dagegen beharrt auf einer neutralen Formulierung und verweist dabei auf die Trennung von Staat und Kirche. Unterstützt wird Paris dabei von Belgien und den skandinavischen Staaten.

**Bundesstaatskommission:
Kommission zur Modernisierung
der bundesstaatlichen Ordnung**

Bundestag und Bundesrat haben am 16./17. Oktober 2003 den Beschluss gefasst, eine Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einzusetzen.

Die Kommission hat die Aufgabe, Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung mit dem Ziel zu erarbeiten, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern. Dabei soll sie insbesondere die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen auf Bund und Länder, die Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder bei der Gesetzgebung des Bundes sowie die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern überprüfen. Auch die Weiterentwicklung der Europäischen Union und die Situation der Kommunen soll dabei Berücksichtigung finden.

**Unionsfraktion begrüßt
Festnahme Saddam Husseins**

Die Unionsfraktion begrüßt die Festnahme des früheren irakischen Diktators Saddam Hussein. Die Festnahme ist vor allem im Hinblick auf die irakische Bevölkerung ein Erfolg.

Die USA und Europa sollten die Ergreifung Husseins zum Anlass nehmen, die Differenzen über den Krieg hinter sich zu lassen und den Irak gemeinsam zu stabilisieren und zu demokratisieren.

✧

✧

✧ *Fröhliche Weihnachten
und ein glückliches Neues Jahr
wünscht Ihnen* ✧

✧

✧

JW